



Einreicher:

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg Fraktion DIE LINKE

Betreff:

Mieterschutzappell

Erstellungsdatum: 10.01.2023

Freigabedatum: _____

Datum der Sitzung: _____

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Im September 2022 hat die Stadtverordnetenversammlung einen Appell zum Mieterschutz verabschiedet, mit dem der Oberbürgermeister aufgefordert worden ist, sich an private Wohnungsunternehmen zu wenden und sie für den Verzicht auf Mieterhöhungen und Wohnungsräumungen analog zur Pro Potsdam zu gewinnen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Wie sind die Reaktionen von privaten Wohnungsunternehmen auf den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Appell zum Mieterschutz?

Unterschrift